Aktuelle HDE-Umfrage
Akute Insolvenzgefahr im Handel

Donnerstag, 25.02.2021

Wie schwierig die Lage für viele Händler im Lockdown ist, zeigt eine aktuelle HDE-Umfrage unter mehr als 2000 Händlern. Demnach sieht sich mehr als jedes zweite Unternehmen ohne weitere Hilfen in Insolvenzgefahr. Der derzeit geschlossene Einzelhandel fordert die Bundesregierung sowie die Ministerpräsidenten deshalb dazu auf, den angekündigten Plan zum Ausstieg aus dem Lockdown sehr zeitnah zu präsentieren. Der Handelsverband Deutschland (HDE) und die ihm zugehörigen Unternehmen erwarten einen realistischen Stufenplan, der die rasche Öffnung der Geschäfte ermöglichen soll.

„Viele Händler befinden sich einer dramatischen Situation. Ohne passgenaue staatliche Unterstützung und ohne Öffnungsperspektive werden in vielen Innenstädten in den kommenden Wochen die Lichter ausgehen“, so HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Eine aktuelle HDE-Umfrage macht deutlich, dass sich für das laufende Jahr ohne weitere staatliche Hilfen mehr als 60 Prozent der Innenstadthändler in Insolvenzgefahr sehen. Eine Ursache dafür liegt in den nach wie vor oft zu bürokratischen und zu langsamen staatlichen Hilfen. So erhielten die vom Lockdown betroffenen Händler im vergangenen Jahr im Schnitt lediglich 11.000 Euro an Unterstützung. Drei Viertel der befragten Unternehmen stellen deshalb fest, dass die aktuellen Hilfsmaßnahmen nicht zur Existenzsicherung ausreichen. „Hilfen kommen nicht an, Regelungen sind völlig unsinnig, Ausgrenzungen waren und sind an der Tagesordnung: Die Unterstützung orientiert sich nicht an dem jeweiligen individuellen Schaden unserer Milliarden-Verluste“, so Timm Homann, Chief Executive Officer bei Ernstings family. Der Einzelhandel fordert deshalb nach wie vor Nachbesserungen bei den Hilfsprogrammen und mehr Tempo bei der Auszahlung. Wie verzweifelt die Lage für viele Einzelhändler mittlerweile ist, lässt sich auch in der hohen Klagebereitschaft ablesen. So plant mehr als ein Viertel der befragten Bekleidungshändler, gegen die Schließung des eigenen Geschäfts vor Gericht zu ziehen.

Ein weiterer Grund für die verbreiteten Pläne, vor Gericht zu ziehen, ist auch die Enttäuschung über die mangelnde Anerkennung der Politik für die hervorragend funktionierenden Hygienekonzepte der Branche. „Wer davon spricht, dass die Krise so groß ist wie nach dem Zweiten Weltkrieg, muss auch so handeln – das Wirtschaftswunder wurde nicht im Lockdown erarbeitet. Wir wollen an einer Öffnung teilhaben. Es muss jetzt in Lösungen gedacht werden. Einkaufen ist auch in Pandemiezeiten eine sichere Sache“, so Michael Busch, Geschäftsführender Gesellschafter der Thalia Bücher GmbH. Dass das verantwortbar möglich ist zeigt auch eine Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) und der Berufsgenossenschaft für Handel und Warenlogistik (BGHW). Demnach konnte unter den Beschäftigten der Branche kein erhöhtes Infektionsgeschehen festgestellt werden.

Akute Insolvenzgefahr im Handel

Links

- HDE